

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Städte 10,- M., im voraus jährlich, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Die Höhe bezogen nehmen sämtliche Postämter. Bestellungen entgegen. Unter Streifenband bezogen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. zuzüglich Saluto-Aufschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 20,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin E 2, Breite Straße 2-4.

Die achtspaltige Annoncen-Spalte oben rechts kostet 4,- M. einschließlich Taxationsaufschlag. Kleine Anzeigen: Das fertige Blatt kostet 2,- M., jedes weitere Blatt 1,50 M., einschließlich Taxationsaufschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Anzeigen 2,50 M. netto pro Zeile. Stellen-Beilagen in Wort-Anzeigen: Das fertige Blatt kostet 1,50 M., jedes weitere Blatt 1,- M. Schriftführer: Zentrum 2020, 2045, 4516, 4803, 4875, 4879, 4921

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Volksentscheid in Bremen

Eine verlorene Schlacht

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.)

Bremen, 10. Januar.

Der Volksentscheid in Bremen über die Frage, ob der Senat zurücktreten soll, hat eine Mehrheit von rund 25 000 Nein-Stimmen ergeben. Für Ja, d. h. den Rücktritt des Senats, wurden rund 75 000 Stimmen abgegeben, für Nein, d. h. für das Verbleiben des Senats, 100 000 Stimmen. Da die Mehrheit der gegenwärtigen Bürgerchaft aus Sozialisten besteht, die gegen die bürgerlichen Stimmen ein *Nontrium* für den Senat beschloßen haben, ergibt sich nunmehr die Notwendigkeit einer Neuwahl der Bremer Volksvertretung, die verfassungsgemäß innerhalb 45 Tagen stattfinden hat.

Dieses Wahlergebnis, das zweifellos eine Niederlage des zum Volksentscheid gemeinsam vorgehenden Bremer Proletariats darstellt, ist in erster Linie durch die unerbittliche, skrupellose, vor keiner Demagogie, Gemeinheit und Schiebung zurückschreckenden Propaganda des reaktionären Bürgertums zu erklären. Infolge der unerbittlichen Bruderkämpfe in den Reihen der deutschen Arbeiter war die Wahlmüdigkeit der sozialistischen Wähler auffallend groß. Die Bremer Arbeiterschaft ist gesonnen, die durch den Volksentscheid entstandene Scharte bei der nächsten Wahl auf jeden Fall auszuweichen und die Bremer Reaktion an ihrem Siege sich nicht allzulange erfreuen zu lassen.

Nach Sachsen Bremen! In dem Lande mit überwiegender proletarischer Bevölkerung wurde mit knapper Not eine bürgerliche Mehrheit erreicht. In Bremen, das fast stets durch Sozialdemokraten im Reichstag vertreten war — nur bei den Stadtwahlen ging das Bremer Mandat vorübergehend verloren — ist jetzt bei einer wichtigen Abstimmung die Arbeiterschaft in die Minorität gedrängt worden!

Dabei handelte es sich um eine ganz klare Fragestellung: bürgerliche Regierung und Orgesch oder sozialistische Regierung und Entwaffnung der konterrevolutionären Organisationen. Trotzdem hat die Bremer Arbeiterschaft nicht die Majorität behauptet. Ebenso wie in Sachsen sind proletarische Schichten indifferent geblieben, obwohl in Bremen das Kampfbild viel klarer und die Agitation viel lebhafter ge-

wesen ist als bei den sächsischen Landtagswahlen. Umgekehrt konnte das Bürgertum, das von den Deutschnationalen bis zu den Demokraten natürlich vollständig geschlossen war, seine Stimmzahl stark steigern und den letzten Mann an die Urne bringen. Bei der Arbeiterschaft als Folge der gegenseitigen Bekämpfung steigende Gleichgültigkeit und Inaktivität, beim Bürgertum zunehmendes Selbstvertrauen und intensivierte politische Betätigung.

Das zeigt am besten ein Vergleich der letzten Wahlen. Im März 1919 ergaben die Wahlen zur Bremer Nationalversammlung 78 000 sozialistische Stimmen gegen 51 000 bürgerliche. Am 6. Juni 1920 war das Verhältnis 86 000 zu 72 800. Und während jetzt die Ziffern einen kleinen Rückgang der sozialistischen Stimmen aufweisen, zeigen sie eine bedeutende Vermehrung der bürgerlichen. Das beweist, daß nicht nur innerhalb der Arbeiterschaft die Indifferenz gewachsen, sondern daß früher indifferente Schichten jetzt für das Bürgertum in den Kampf gebracht werden können.

Man bleibe uns dabei mit dem Unfuss vom Reibe, daß Wahlen in diesen Zeiten keine große Bedeutung hätten. Einmal handelte es sich hier um die Entscheidung über eine unmittelbare Wahlfrage im Klassenkampf, um Beibehaltung oder Beseitigung der reaktionären Bremer Stadtwahl. Dann aber sind Wahlen immer ein sehr deutliches Stimmungsbild. Und man soll uns nicht einreden, daß Arbeiterschichten bereit seien, zu revolutionären Aktionen, die nicht einmal soviel politischen Eifer ausbringen, um zur Wahl zu gehen. Die Bremer Wahlen bestätigen vielmehr, was wir in Halle erklärt haben: Die Zerreißen unserer Partei bedeutet eine Niederlage der gesamten Arbeiterbewegung, nicht eine Förderung der Revolution, sondern Dienst für die Konterrevolution. Was in Halle begonnen worden ist, hat die kommunistische Taktik seitdem in verstärktem Maße fortgesetzt. Das sind dann die Folgen.

Bremen und Sachsen bedeuten sehr ernste Warnungen. Es kommt jetzt alles darauf an, daß wir die Gleichgültigkeit breiter Arbeiterschichten überwinden, daß wir im Kampf gegen die Bourgeoisie zur geschlossenen Front kommen. Vor allem gilt es jetzt in Bremen, alle Anstrengungen zu machen, um die Schlappe auszumergen und bei der bevorstehenden Wahl der Volksvertretung eine sozialistische Majorität zu erringen.

Demagogen an der Arbeit

Mit unübertrefflicher Demagogie suchen die Schuldigen an dem heutigen Elend die Volksmassen einzulullen und für sich zu gewinnen. Jahrzehntlang haben die Monarchisten Preußen und Deutschland beherrscht. Den Krieg, dieses gewaltige Unglück, das die tiefste Ursache darstellt für die ungeheure Wirtschaftszerrüttung, für Not und Elend, haben sie in erster Linie verursacht. Jahrzehntlang haben sie trotz völliger Aussichtslosigkeit seine Fortsetzung betrieben, jede Friedensregung im In- und Auslande brutal erstickt und dadurch erst den völligen Zusammenbruch, der mit der Abhängigkeit Deutschlands von den Siegerstaaten endete, herbeigeführt.

Jetzt sind sie es, die den Aufbau des Wirtschaftslebens verhindern. Genau wie während des Krieges suchen sie alle Lasten der Finanzzerrüttung des Reiches auf die Arbeiter und Kinder der Mittelschichten abzuwälzen, fördern sie die Steuersehen der Besitzenden. Durch ihre Wirtschaftspolitik sind sie die hauptsächlich Schuldigen an der ungeheuren Lebensmittelerhöhung, an der Raffgier der Agrarier und der Industriellen, die sich auf Kosten der Massen bereichern und in der Papierflut erstickten.

Trotzdem ziehen dieselben Leute jetzt in den preussischen Wahlkampf mit der Miene von Biedermännern, die vorgeben, alles tun zu wollen, um die Not der Bevölkerung zu lindern. In einer Versammlung der Deutschnationalen Volkspartei, die am Sonntag in der Philharmonie stattfand, gab der gerissene Führer der Deutschnationalen, der ehemalige preussische Finanzminister von Hergt, — dessen Prophezeiung im Jahre 1916, die deutschen U-Boote würden es verhindern, daß auch nur ein einziger Amerikaner zum Kriegsschauplatz gelange, ihn für immer der Väterlichkeit preisgibt, — die Parole aus, man müsse die kleinen Leute vor die Front bringen. Herr Hergt will also gerade diejenigen zu gewinnen suchen, deren Interessen von der Deutschnationalen Volkspartei jahrelang mißachtet wurden, und auf deren Rücken heute die feste Verankerung aller kapitalistischen Einrichtungen, gekrönt von der Monarchie, herbeigeführt werden soll. Wir wagen es sehr zu bezweifeln, ob dieser Plan gelingen wird. Denn die Massen sind heute aufgeklärter als sie es früher waren. Und sie wissen, daß sie in den deutschnationalen Monarchisten nicht nur die Förderer des gewaltigen Umsturzes einer kleinen Herrenschicht zu erblicken haben, sondern daß hinter diesen auch die Männer stehen, die das ganze deutsche Wirtschaftsleben mit ihrer Knute beherrschen wollen, die gegen Arbeitsstunden, gegen Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer kämpfen.

Hergt gab Wahlparolen aus. Er wandte sich scharf gegen die von der Entente verlangte Entwaffnung Deutschlands, die seinen Anhängern die Möglichkeit zum Wusch nehmen würde, und proklamierte als die erste Wahlparole, man müsse in jedem Fall hinter der Regierung stehen, wenn es sich darum handelt, die Forderungen der Entente abzulehnen. Die tiefe Zufriedenheit, die hierbei Hergt mit dem Verhalten der gegenwärtigen Regierung äußerte, zeigt, daß sie bereits jetzt eine rein deutschnationale Revolution vorbereite, allerdings ohne daß die Deutschnationalen sich in der Regierung befinden und für die aus ihr erwachsenden Gefahren selbst die Verantwortung tragen.

Hergt predigte aber weiter den Kampf gegen den marxistischen Sozialismus, das heißt den Kampf gegen die Arbeiterschaft und alle diejenigen Kreise der Bevölkerung, die erkannt haben, daß das kapitalistische Wirtschaftsleben, das sich nur von keinem Streben nach Profit leiten läßt, die Möglichkeit der Befriedigung des Bedarfs der Massen nicht mehr gewähren kann. Die Deutschnationalen sind und bleiben also die schärfsten Feinde aller Schichten der Arbeiterklasse, der Angestellten und der Beamten, deren Forderungen nie von ihnen durchgeführt wurden, deren sie jetzt während des Wahlkampfes nur mit auf die Spitze getriebener Heuchelei vorzureden suchen, daß sie ihre Freunde sind.

Besonders deutlich ging das aus der Stellungnahme Hergts zu der Landwirtschaft hervor. Nicht gegen die Landwirtschaft, sondern mit der Landwirtschaft für die Allgemeinheit wolle die deutschnationale Volkspartei kämpfen.

Aber hat nicht die Landwirtschaft gerade in den letzten Jahren dauernd die Interessen der Allgemeinheit mißachtet, waren es nicht die Agrarier, die jede ihrer Forderungen, Verdoppelung der Getreidepreise, Bervermehrung der Kartoffelpreise, Wucherpreise für Fleisch usw., durchzusetzen wußten trotz der unerträglichen Steigerung der Notlage der Massen? Kämpfen nicht auch jetzt schon wieder die Agrarier für eine weitere Steigerung ihrer Profite, verdanken wir nicht ihnen die hohen Preise für Lebensmittel, lassen sie nicht jetzt Tausende von Hektar landwirtschaftlich genutzten Bodens un bebaut und ungedüngt, weil jede Steigerung der Anaptheit an Lebensmitteln die Preise ihrer Erzeugnisse und damit den Profit für die Landwirte erhöht?

Diese Politik findet die schärfste Unterstützung durch die deutschnationale Volkspartei. Sie ist deshalb der Feind der Massen, deren Lebenshaltung sich nur bessern kann, wenn die Lebensmittelpreise in einem erträglichen Verhältnis zu den Einnahmen stehen. Darauf aber nehmen die Agrarier keine Rücksicht. Sie werden unterstützt, wie Hergt ausdrücklich erklärte, von der deutschnationalen Volkspartei, die ja von jeder

Aus Ludendorffs Glanzzeit

Deutsche Hilfe beim Sinnfeineraufstand 1916

London, 9. Januar.

Die britische Regierung veröffentlicht heute ein Weißbuch, welches Korrespondenzen verschiedener deutscher Persönlichkeiten mit Vertretern der Sinnfeiner während des Krieges enthält. Man findet darin Erklärungen des ehemaligen deutschen Kaisers und Hindenburgs an die deutsch-irische Gesellschaft. Außerdem enthält das Weißbuch mehrere Schriftstücke des damaligen Staatssekretärs des deutschen Auswärtigen Amtes, Zimmermann, sowie die Korrespondenz Sir Robert Casements. Es ergibt sich weiter daraus, daß die deutsche Regierung über den irischen Osteraufstand des Jahres 1916 vollkommen auf dem laufenden war und daß dieser Aufstand mittels deutscher Unterstützung möglich gemacht wurde. Es bestand der Plan, 20 000 Gewehre und 10 Maschinengewehre mit Munition usw. in Irland zu landen. Gleichzeitig steht fest, daß die Luftangriffe auf England, die damals stattfanden, sowie die Flottendemonstrationen in der Nähe der englischen Küste zwischen Deutschland und den Sinnfeinern verabredet worden waren. Nachdem Amerika in den Krieg eingetreten war, konnte die Washingtoner deutsche Botschaft nicht mehr als Vermittlungsstelle dienen. Es wurde dann die deutsche Botschaft in Madrid hierfür in Anspruch genommen.

Die Tatsache, daß auch englische Kriegsgefangene irischer Abstammung in deutschen Gefangenenlagern zum Kampf gegen England ausgebildet worden sind, wird in dem Telegramm nicht mitgeteilt. Sie gehörte aber auch zu den Mitteln, die die deutsche Oberste Heeresleitung anwendete, um den Krieg zu gewinnen.

Amerika und die Ruhrfrage

Amerika nimmt nicht an der Pariser Konferenz teil

Wid. Tel. Washington, 9. Januar.

Nachdem die Vereinigten Staaten die französische Note, die die eventuelle Befreiung des Ruhrgebietes ankündigte, ablehnen und beantwortet haben mit dem Hinweis darauf, daß Amerika gegen derartige Zwangsmethoden sei, hat der französische Botschafter unter gleichzeitiger Uebersetzung einer Abschrift der von Frankreich an Deutschland wegen der Verletzung des Abkommens von Spaen gerichteten Note eine neue Note dem Staatsdepartement

eingereicht. In dieser Note bittet Frankreich die amerikanische Regierung um Aeußerung, welche Maßnahmen seitens Frankreichs die amerikanische Regierung für berechtigt halte, falls Deutschland weiterhin seinen Verpflichtungen nicht nachkommen sollte. Insbesondere wird um eine Mitteilung gebeten, wie sich Amerika grundsätzlich zur Befreiung des Ruhrgebietes stelle. In Regierungskreisen verlautet, das Staatsdepartement werde Frankreich davon in Kenntnis setzen, daß nach Ansicht der amerikanischen Regierung jede gewaltsame Durchführung (enforcement) der Beschlüsse von Spaen durch Frankreich als völlig inopportun erachtet werde, insbesondere die Befreiung des Ruhrgebietes. Im übrigen wünscht die amerikanische Regierung die Entwicklung der ganzen Angelegenheit als Unbeteiligter abzuwarten und hat deshalb beschlossen, von der Entsendung eines Delegierten zu der Pariser Konferenz am 19. Januar abzusehen.

Die Justizschmach

Die Kreisgeneralversammlung der U.S.P.D. Tel-tow-Beeslow, die am Sonntag in Neudöllu tagte, nahm einstimmig folgende Resolution an:

Die heute gemeldete Begnadigung Bogels, des Mörderers Rosa Luzemburgs, macht das Maß der Schande voll, das die deutsche Justiz in den letzten Monaten auf sich gehäuft hat. Die Bezirksgeneralversammlung von Tel-tow-Beeslow brandmarkt mit Entrüstung das schandbare Verhalten der Justizbehörden und fordert die Arbeiterschaft auf, überall in Betriebsversammlungen usw., zu diesem Urteil Stellung zu nehmen, um ihren Protest gegen die herrschende Justizschande zum Ausdruck zu bringen.

Die bürgerliche Presse nimmt in ihren heutigen Morgenblättern von der Begnadigung des Mörders Bogel nur ganz kurz Notiz. Die Telegraphenbureaus verschweigen der Welt den unerhörten Skandal. Es hat sich also schon fest ins Bewußtsein der bürgerlichen Welt eingepreßt, daß Mörder in Offiziersuniform nicht bestraft werden dürfen.

Stadtverordnetenwahl in Hanau. Bei den Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung in Hanau wurden abgegeben; für die Gemeinschaftsliste (Demokraten, Deutschnationale, Deutsche Volkspartei und Zentrum) 887 Stimmen, für die Liste des Handwerks 1908 Stimmen, für die Kommunisten 588 Stimmen, Sozialdemokraten 4229 Stimmen. Nach dem vorläufigen Ergebnis werden entfallen: auf die Gemeinschaftsliste 19 Sitze, Handwerk 4 Sitze, Sozialdemokraten 8 Sitze und Kommunisten 11 Sitze. Strafantrag eines sächsischen Ministers. Wirtschaftsminister Schwarz hat gegen eine Anzahl Personen wegen schwerer Verleumdung anlässlich seiner Erkrankung Strafantrag gestellt.

Die Christen und die Sozialisierung

Imbusch solidarisch mit Stinnes

Duisburg, 8. Januar.

Heute vormittag fand hier eine von mehreren hundert Vertrauensleuten aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet besuchte Versammlung des Deutschen Gewerkschaftsbundes statt, die sich mit der Frage der Sozialisierung des Kohlenbergbaues beschäftigte.

Berichterstatter war der Reichstagsabgeordnete Imbusch, Vorsitzender des Gewerkschaftsrates christlicher Bergarbeiter. Er sprach sich gegen eine Verstaatlichung des Bergbaues, wie sie mit dem Worte „Vollsozialisierung“ gemeint sei, aus. Die ganze Wirtschaft müsse vielmehr in möglichst vollkommener Weise der Volksgemeinschaft dienstbar gemacht werden. Folgende Leitsätze wurden als im gegenwärtigen Zeitpunkt erreichbar aufgestellt: Die im Boden vorhandenen Schätze an Kohlen werden in den Besitz der Volksgemeinschaft überführt. Die Ausbeutung wird den bisherigen Besitzern weiter überlassen, von denen eine dem Wert der Lagerstätte angepasste Abgabe erhoben wird. Die im Bergbau beschäftigten Personen sind an der Produktion zu interessieren. Unberechtigte hohe Gewinne im Bergbau müssen der Volksgemeinschaft dienstbar gemacht werden. Schaffung einer befriedigenden Stellung für die im Bergbau beschäftigten Arbeiter und Angestellten. Das Betriebsrätegesetz muß sinngemäß durchgeführt und eventuell verbessert werden. Hinzukommt noch eine Forderung des Aktienrechtes, insbesondere die Einführung von Kleinaktien.

Herr Imbusch ist Mitglied des Internationalen Bergarbeiter-Komitees. Der internationale Bergarbeiter-Kongress in Genf im Sommer 1920 hat sich für die Sozialisierung des Bergbaues und für den bis zum internationalen Bergarbeiterstreik gesteigerten Kampf für die Sozialisierung entschieden. Dem in Genf gewählten internationalen Ausschuss werden durch die Resolution zur Sozialisierungsfrage sorgfältigste Anweisungen über die Organisation des Kampfes gegeben, die gar keinen Zweifel darüber bestehen lassen, daß die in Genf versammelten Vertreter des internationalen Bergbau-Proletariats entschlossen waren, den Kampf für die Sozialisierung der Kohlenwirtschaft gegen die Macht der Kapitalistenklasse entschlossen durchzuführen, und daß sie nicht an Kompromisse mit dem Kapital dachten. Herr Imbusch war in Genf Sprecher der deutschen Vertretung, und er vertrat in einer scharf formulierten Rede ihren Standpunkt zur Sozialisierungsfrage. Nach einem Bericht der „Bergarbeiter-Zeitung“ erklärte Imbusch, daß es nicht auf die Form der Sozialisierung ankomme, denn sie werde in den einzelnen Ländern verschieden sein. Entscheidend sei, daß „kein privater Kapitalistischer Profit“ aus der Bergbauindustrie gezogen werde. In Duisburg aber empfahl Herr Imbusch, man möge die im Boden vorhandenen Schätze an Kohlen wohl „in den Besitz der Volksgemeinschaft“ — eine mehr als unklare Formulierung — überführen, die Ausbeutung aber den bisherigen Besitzern weiter überlassen, und nur „unberechtigt hohe Gewinne“ der Volksgemeinschaft dienstbar machen. Das heißt, die volle Macht und die uneingeschränkte Verfügung des Kapitals über die Kohlen Schätze und ihre Ausbeutung sollen weiter bestehen bleiben. Das ist offener Verrat am Gedanken der Sozialisierung und damit offener Verrat an den Beschlüssen des internationalen Bergarbeiter-Kongresses. Es ist weiter ein Bruch des Versprechens, das Imbusch in Genf als Sprecher der Deutschen und als einer der Urheber der Genfer Sozialisierungsresolution gegeben hat, auf Grund welcher Versprechens der Genfer Kongress Imbusch zum Mitglied des internationalen Bergarbeiter-Ausschusses gewählt hat. Was Imbusch in Duisburg empfiehlt, könnte ebenso gut Herr Stinnes empfohlen. Bis auf die Kleinaktie passen alle Vorschläge des Herrn Imbusch genau auf die Absichten dieses Führers der schwerindustriellen Gegner des Sozialismus und der Arbeiterklasse.

Die Stimme Imbuschs ist bedeutsam. Sowohl an Mitgliederzahl, wie an Einfluß auf die Bergarbeiter-Schaft bedeutet der Christliche Bergarbeiter-Verband, an dessen Spitze Herr Imbusch steht, eine Macht in der deutschen Kohlenindustrie. Im Kampfe um die Sozialisierung muß mit der Stellung der christlichen Bergarbeiter gerechnet werden. Wir haben schon einmal in einem anderen Zusammenhang darauf aufmerksam gemacht, daß die auf der Bildung gemeinsamer Tarifgemeinschaften beruhende enge Zusammenarbeit der freien Gewerkschaften mit den Christen allmählich eine Verwischung der einst so scharf gezogenen Grenzlinien zwischen beiden Richtungen herbeiführen droht. Schon damals haben wir bemerkt, daß darin gerade im Hinblick auf den Kampf um die Sozialisierung der Kohlenwirtschaft eine Gefahr liegt. Das bestätigt sich jetzt. Es zeigt sich weiter, daß ernsthafte Kämpfe in Gemeinschaft mit den christlichen Gewerkschaften nicht zu führen sind. Sie nehmen wohl an den Tarifgemeinschaften teil, weil dadurch für sie als Gewerkschaft im Lohnkampfe eine außerordentlich bequeme und günstige Situation entsteht. Aber sie denken nie daran, den freien Gewerkschaften auf den Boden des Klassenkampfes zu folgen. Die Arbeiterschaft aber wird durch das enge Zusammenarbeiten zwischen beiden Richtungen getäuscht, sie legt Hoffnungen auf die Christen, die sich, wie Herr Imbusch mit Erfolg nachgewiesen hat, nie erfüllen werden.

Es ist also notwendig, die Grenzlinien zwischen den freien Gewerkschaften und den im bürgerlichen Lager stehenden Verbänden wieder scharfer zu ziehen. Imbuschs offener Verrat erscheint uns als ein außerordentlich günstiger Anlaß zu einer umfassenden Propaganda des freien Bergarbeiterverbandes und der übrigen gewerkschaftlichen Organisationen im rheinischen Kohlengebiet für die Vollsozialisierung und für den Kampf um sie im Sinne der Genfer und Londoner Beschlüsse. Bei dieser Propaganda wird die freigewerkschaftliche organisierte Bergarbeiter-Schaft scharf gegen Imbusch Stellung nehmen müssen und die christlichen Anknüpfen werden sich zu erklären haben, ob sie diesem Führer, der offenen Verrat betreibt, folgen wollen oder ob sie den Bund schließen wollen mit der sozialistischen Bergarbeiter-Schaft, die es ablehnt, den Sozialisierungsgeanken für den Judaslohn einer Kleinaktie an die Stinnes und Konsortien zu verkaufen.

Die Arbeitslosigkeit in England. Englischen Blättern zufolge beträgt die Zahl der englischen Arbeitslosen eine Million. Die Regierung beabsichtigt, in den nächsten Jahren und Pöds zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit die Arbeitswoche um einen Tag zu kürzen.

Die Erhöhung der Eisenbahntarife. Von einem Berliner Korrespondenzbüro wird berichtet, der Staatssekretär Stiller vom Reichsverkehrsministerium habe bei den letzten Verhandlungen über die Beamtengehälter im Reichsfinanzministerium eine Verdoppelung der Güter- wie der Personen Tarife in Aussicht gestellt. Diese Nachricht ist unrichtig. Der Staatssekretär hat lediglich im Laufe der Diskussion ausgeführt, wenn das jetzige Defizit von

15 Milliarden durch Tarifserhöhungen ausgeglichen werden sollte, würde mindestens eine Verdoppelung sämtlicher Tarife erfolgen müssen. Er hat jedoch nicht gesagt, daß eine derartige Maßnahme im Reichsverkehrsministerium bestünde, vielmehr betont, daß sich gegen eine solche Belastung des Wirtschaftslebens die schwersten Bedenken erheben müßten.

Der hereingefallene Lederinteressent

Der Abgeordnete Dr. Hugo erklärte kürzlich im Reichstag auf die Angriffe unseres Genossen Simon, Nürnberg, über die engen Beziehungen zwischen seinem Portemonnaie und seinem Eintreten für die freie Lederwirtschaft, daß die von ihm angelegten Prozesse gegen seine Widersacher bald die Halslosigkeit ihrer Behauptungen zeigen würden. Der erste dieser Prozesse hat jetzt stattgefunden. Er endete aber nicht mit einem Siege, sondern mit einer Niederlage dieses Führers der Deutschen Volkspartei. Der angeklagte Redakteur der Völsfelder „Volkswacht“ wurde nämlich wegen formaler Beleidigung nur zu einer Geldstrafe von — 10 Mark verurteilt. Der Angeklagte hatte nämlich dem Gericht ein sehr umfangreiches Material über die finanziellen Beziehungen des Dr. Hugo zu dem Lederinteressenverband unterbreitet, ein Bild, das sich abschließend folgendermaßen zusammenfassen läßt: Durch die gesamte Presse ging seinerzeit die Notiz des „Berliner Tageblatts“ über die Vergabe der Bahngelder an den Privatkläger durch die Ledergröhdler. Diese haben durch die parlamentarische Tätigkeit enorme private Erfolge erzielt. Das Gericht sah jedoch in den in der Notiz gebrauchten Ausdrücken „faßsam bekannter Demagoge“ und „Leder-Lieber“ eine über den Schutz des § 193 hinausgehende Beleidigung als vorliegend an.

Durch diesen Prozeß sind die über Herrn Dr. Hugo aufgestellten Behauptungen in vollem Umfange bestätigt, und es bleibt die Tatsache unerwähnt, daß einer der Hauptvertreter der Deutschen Volkspartei seine parlamentarische Tätigkeit zu Ruh und Frommen einer einflußreichen Gruppe von Unternehmern angewendet hat.

U. S. P. und Landtagswahlen

Generalversammlung der U. S. P. des Bezirks Potsdam 4

Am gestrigen Sonntag fand in Klittenberg die Generalversammlung unserer Parteiorganisation für den Bezirk Potsdam 4 statt. Die Tagesordnung befaßte sich mit den Landtagswahlen, sowie den Wahlen zu den Provinzial- und Kreisräten. In der Aussprache über die Landtagswahlen hatte der Genosse Thurm die Leitung der Versammlung übernommen.

Genosse Richter, Mitglied der Preussischen Landesversammlung, gab einen gedrängten Bericht über die Arbeiten derselben. Er geht auf die Schulden des preussischen Staates ein, welche 3 1/2 Milliarden Mark betragen, bespricht dann den Haushaltsplan, wobei er namentlich die Kosten der Sicherheitswehr stellt, welche allein in Groß-Berlin 10 Millionen Mark betragen; während für diese überflüssige Einrichtung immer Geld vorhanden ist, hat man für Kulturaufgaben und für unsere noleidenden Kinder, welche nach amtlichen Feststellungen, keine Unterlebung mehr haben, nichts übrig. Den Kultusetat nimmt Genosse Richter besonders unter die Lupe. Während man für die „noleidenden“ Bischöfe und Pfarrer die Gehälter erhöhen kann, werden die Anträge der U. S. P. über Einführung der obligatorischen Schulspeisung, Erziehung von Kindergärten, sowie die Unentgeltlichkeit der Lernmittel durch die bürgerlichen Parteien abgelehnt. — Die Verfassung des preussischen Staates, welche in den letzten Wochen durchgeprüft wurde, fand nicht die Sympathie der U. S. P. Der dazu gestellte Antrag unserer Fraktion wurde abgelehnt. Genosse Richter schloß mit der Aufforderung, bei den Wahlen die ganze Kraft einzusetzen, um die U. S. P. zu einem Siege zu verhelfen.

Für die Landtagswahl wurden folgende Kandidaten aufgestellt:

1. Arthur Richter, Klittenberg;
2. Emil Olm, Bellen;
3. Richard Küter, Karlsdorf;
4. Franz Stimming, Klittenberg;
5. Rechenberg, Jredersdorf-Ordnung;
6. Franz Kiesel, Reimindorf;
7. Alfred John, Brandenburg;
8. Schmidschneppen, Wittenberge;
9. Knops, Wittenberge;
10. Sander, Neuruppin;
11. Gustav Richter, Lindenwalde;
12. Wilhelm Kubig, Pantow.

In der weiteren Aussprache über die Wahlen zum Provinzialparlament wurde beschlossen, am Sonnabend eine erweiterte Vorstandssitzung mit den Distriktsleitern abzuhalten, in welcher die endgültige Aufstellung der Kandidaten festzulegen soll. Für die Aufstellung der Kandidaten zu den Kreisratswahlen sollen am kommenden Sonntag Distriktskonferenzen abgehalten werden, um diese Frage endgültig zu regeln.

Mit einem kräftigen Appell, in der Wahlbewegung alle Kraft für die Ideen der U. S. P. einzusetzen, schloß Genosse Küter um 2 Uhr die Versammlung, welche von mehr als 200 Delegierten besucht war, und einen frischen Kampfesmut zeigte.

Die Kreisgeneralversammlung von Teltow-Beestow

Die Generalversammlung des Kreises Teltow-Beestow nahm gestern, Sonntag, in Neukölln, Stellung zu den bevorstehenden Landtagswahlen. Eingeleitet wurde sie durch ein ausgezeichnetes Referat des Genossen Stein über die Agrarfrage, das in den nächsten Tagen im Verlage der „Freiheit“ als Broschüre erscheinen wird. — An der Diskussion beteiligten sich die Genossen Barth, Hoffmann und Klauener. Als Kandidaten zur Landtagswahl wurden bestimmt: Fritz Jubel, Georg Klauener, Emil Klotz, Richard Reile, Marie Krumm-Lichterfeld, Paul Reumann-Kowawes, Wlth. Hoffmann-Schmargendorf, Dr. Hirtmann-Steglich, Emil Lampe-Cöpenick, Georg Richter-Mariendorf, Gottl. Karrer-Charlottenburg, Emil Kubitze-Treptow.

Genosse Kändler forderte dann zum Schluß auf, im kommenden Wahlkampf jeder seine Schuldigkeit zu tun und zu zeigen, daß die U. S. P. das noch immer die Partei sei, die die Massen der Proletariat hinter sich habe und deren Mitglieder von dem Bewußtsein getragen werden, einer großen Sache zu dienen. Jeder habe die Pflicht mitzutaten, denn gerade jetzt sei es am notwendigsten. Nachdem noch die Genossen Willi Grohmann und Alfred Huber-Neukölln, sowie Max Kern-Königs-Wulterhausen zu Wort gekommen und Genosse Reuband-Vidsterrade zum Schriftführer neu gewählt wurden, schloß der Vorsitzende, Genosse Kändler, die gutbesuchte Generalversammlung.

Demonstrationen der V. R. P. D.

Die Demonstration, die die V. R. P. D. am Sonntag im Lustgarten abhielt, nahm einen sehr mäßigen und ihre Veranstalter enttäuschenden Verlauf. In einem riesengroßen Aufzug hatte die „rote Fahne“ am Sonntag angekündigt, daß diese Demonstration „unserer Kraft, unserer Macht dem Feinde“ zeigen werde und aufgefordert, zu „hunderttausenden“ im Lustgarten aufzumarschieren. An diesen bombastischen Erwartungen gemessen, war die Beteiligung geradezu lässig. Und das, obwohl die Kommunisten auch noch durch die Irreführung der Eisenbahner ihre Kundgebung zu beleben gelacht hatten. Was an Massen fehlte, suchten die Kommunisten durch rote Fahnen und Banner zu ersetzen, die die einzelnen Gruppen mit sich führten. Sehr auffallend war es, daß außer Adolph Hoffmann keiner der bekannten Kommunistengrößen zur Menge sprach. Ja, ja, Worte und Taten! Adolph Hoffmann verachte am Alten Museum

zur Menge zu sprechen, wurde aber von Fichtmann von der V. R. P. D. daran gehindert, so daß es zu lebhaften Auseinandersetzungen kam. Hoffmann sprach dann von der Rampe des Schlosses zu einigen hundert Demonstranten, die sich dort angesammelt hatten. Bei der Rampe hielten zwei junge Kommunisten eine kurze Ansprache, jedoch hatten sie außer ein paar Pfaffen nichts Günstiges zu sagen, so daß die Versammelten, die durch den stark einziehenden Regen ziemlich durchnäßt waren, nach knapp einhalbstündiger Dauer sehr unbestiebt auseinandergingen.

Die Kundgebung der Eisenbahner

Am gestrigen Sonntag, vormittag 10 Uhr, versammelten sich vor der Rampe des Schlosses mehrere tausend Eisenbahner, um gegen die Verschleppungstaktik der Regierung in der Besoldungsreform zu protestieren. Aus den verschiedenen Bezirken kamen sie in geschlossenen Zügen, Tafeln mit Inskriften tragend, auf denen sie ihre Forderungen bekanntgaben. Aber auch diese Demonstranten hatten nicht die Absicht, die kommunistische Kundgebung zu vergrößern, denn noch vor deren Beginn marschierten sie wieder ab.

Der Kommunist Gesche hielt eine kurze Ansprache, in der er zuerst die Gewerkschaftsbürokratie, die die heutige Kundgebung verhindern wollte, angriff. Aus Furcht vor der kommunistischen Demonstration habe die Leitung des Eisenbahnerverbandes die Demonstration für heute abgesagt. Er kritisierte dann eingehend die Zugeständnisse an die Eisenbahner als ungenügend und forderte zum Schluß die Versammelten auf, den Kampf bis zur Entscheidung zu führen. Der Kommunist Suhl von den Elektrizitätsarbeitern gab dann eine Erklärung ab, daß die Berliner Elektrizitätsarbeiter im Falle eines Eisenbahnerstreiks ihre volle Sympathie zum Ausdruck bringen würden.

Die Versammelten formierten sich dann zu einem Demonstrationsszug, der sich aber bald auflöste.

Groß-Berlin

Die neue Wohnungsluxussteuer

Die Beratung der neuen Stenervorsagen im Stenerauschuh der Stadtverordnetenversammlung schreitet nur sehr langsam vorwärts. Bereits in drei Sitzungen hat der Ausschuh sich mit der Wohnungsluxussteuer beschäftigt. Deutschnationale, Volksparteiler und die Vertreter der Wirtschaftlichen Vereinigung sind erbitterte Gegner der Vorlage und erschweren ihre baldige Erledigung. Deshalb gelang es auch am vergangenen Sonnabend nicht, die zweite Lesung dieser Vorlage zu Ende zu führen. Lediglich die erste Lesung, in der die Vorlage eine Reihe von Verschlechterungen erfuhr, wurde beendet.

In der zweiten Lesung, die mit einer nochmaligen allgemeinen Aussprache begann, wurde ein deutschnationaler Antrag auf Freifassung von zwei Räumen über den Normalbedarf hinaus abgelehnt, ebenso ein volksparteilicher Antrag, der nur die überzogenen Wohnungen besteuern wollte. Der Ausschuh beschloß eine neue Formulierung für den Normalbedarf an Wohnräumen, die aber von den Grundbesitzern der Magistralvorlage nicht abweicht und nur die Berechnung der Steuern erleichtern soll. Danach hat der erste Absatz des § 1 jetzt folgenden Wortlaut: „Uebersteigt die Zahl der Wohnräume einer Wohnung in der Stadtgemeinde Berlin die um eins vermehrte Zahl der zum Hausstand des Wohnungsinhabers gehörigen Personen (Normalbedarf), so wird für jeden darüberliegenden Wohnraum eine Steuer erhoben.“

Bei einer vierköpfigen Familie sind demnach fünf Räume steuerfrei. Der von den Unabhängigen gestellte Antrag auf Erhöhung der Steuerhöhe gegenüber der Vorlage des Magistrats auf 800 Mark bei einem steuerpflichtigen Wohnraum, auf 2000 Mark für den zweiten, auf 4000 Mark für den dritten, auf 6000 für den vierten, auf 10 000 für den fünften, auf 20 000 für den sechsten und für jeden weiteren Wohnraum 10 000 Mark pro Jahr wurde gegen die Stimmen der Unabhängigen und des Kommunisten abgelehnt. Es blieb demnach bei den vom Magistrat vorgeschlagenen Sätzen von 500, 1000, 2000, 5000, 10 000 Mark und für jeden weiteren Wohnraum bei 5000 Mark.

Charlottenburg. Heute abend 7 Uhr, Sitzung der Bezirks- und Stadtverordneten im Rathaus, Zimmer 1.

Ein alter Jopi. In der freiherrlichen deutschen Republik, in der die Frauen Stimmrecht haben, besteht noch immer die postakale Verfügung, daß die Frau eine Postvollmacht nur mit Genehmigung ihres Ehemannes erhalten kann. Die Liga für Frauenstimmrecht hat sich bereits im Mai 1919 an das Reichspostministerium gewandt und um Aufhebung dieser Verfügung nachgesucht. Damals wurde die Versicherung gegeben, daß demnach durch eine Verordnung diese rüßtändige Anordnung aufgehoben würde. Bisher ist jedoch noch nichts in dieser Richtung erfolgt. Herr Giesberts braucht also immerhin anderthalb Jahre, um auch nur eine einzige alte rüßtändige Verordnung außer Kraft zu setzen.

Die 134. Protokommission, Kronprinzener 18, wird am 15. Januar 1921 aufgelöst und damit der 136. Protokommission, Gerhardstraße 4-5, vereint. Die Eröffnung der vergrößerten 136. Protokommission ist auf den 17. Januar 1921 festgesetzt. Der Vorsitz der vergrößerten 136. Protokommission hat Bezirksvorsteher Tisch.

Schuh gegen den Selbstschuh! Uns wird folgender Vorgang mitgeteilt: Der Kaufmann Wilhelm Rünge, Büßingstraße 16, hielt in der Nacht vom 6. zum 7. d. M. Passanten im Osten Berlins auf der Straße an und gab sich als Kriminalbeamter aus, ohne sich ausweisen zu können. Nach Feststellung durch die Polizei, an die sich einer der betroffenen Passanten wandte, entpuppte sich dieser Herr als Mitglied der Berliner Selbstschuh-Organisation. Er war im Besitze eines Passantenheftes und Ausweise dieser Organisation. Die Polizei erklärte, daß derselbe Beziehter sei, amtliche Handlungen vorzunehmen. Das Polizeireport, das diese interessante Auskunft gab, ist das in der Karlsruherstraße 20. — Infolge dieser behördlichen nicht nur gebildeten, sondern sogar unterstützten Selbstschuhorganisationen kann also jeder harmlose Passant auf der Straße durch derartige Herrschaften belästigt werden. Wann wird endlich gegen diese reaktionären Geheimbünde vorgegangen werden?

Aufführung eines großen Gepäckschwindels. Der große Gepäckschwindel auf dem Bahnhof Alexanderplatz ist aufgeklärt worden. Dem Gauner war es gelungen, fünf große Koffer mit fertigen und unfertigen Pelzstücken im Werte von 350 000 Mark zu erlangen. Sechs beteiligte Personen wurden verhaftet. Ein Schweizer Otto Bierhals ließ sich mit Hilfe des Gepäckschwindlers Bartels fünf große Koffer ausbändigen, wozu sie einen gefälschten Gepäckschein verwendeten. Die Gauner hatten, als sie die Koffer über untergebracht hatten, verabredet, daß sie erst am nächsten Tage untersucht werden sollten. Im Geheimen aber bildeten sich zwei Gruppen, die Geheißer Bierhals und der Gepäckschwindler Bartels und die Geheißer Palm und die anderen Wittkötter und Wittkötter. Letztere wartete nun nicht erst, sondern machte sich schon in aller Frühe an die Untersuchung der Kisten, und als sie die wertvollen Pelze fanden, nahmen sie einen großen Teil vorm für sich, darunter auch Sealmantel im Werte von 20 000 Mark. Sie luden die soliden Pelze, in Säcke verpackt, auf einen Handwagen und brachten sie nach der Weinmeisterstraße, wo sie auch willige Abnehmer fanden, umso mehr als sie sehr preiswert verkauften. So den Sealmantel für 2000 Mark. Selbst von dieser Summe müßten sie noch eine große

